

rer Fraktion, daß diesem Hohen Haus in einer Kurzfassung informativ einmal dargestellt wird, welche Maßnahmen, einschließlich der europäischen Entscheidungen, getroffen worden sind zur Strukturanpassung unter wirtschaftspolitischem Gesichtspunkt.

Mir sind sie weitgehend bekannt, ich muß aber in vielen Gesprächen feststellen, daß viele Abgeordnete in ihrer Wahlkreisarbeit hier Informationslücken haben und natürlich sofort das Problem der Bewertung eines solchen Haushaltsplanes an diesem Punkt auftaucht.

In dem vorliegenden - und jetzt möchte ich einen konkreten Fall herausgreifen - Haushaltsgesetz ist unter § 6 Abs. 1 etwas enthalten, was wir eigentlich gar nicht so wollten, was dieses Hohen Haus nicht so wollte und was die Ausschüsse auch nicht so wollten. Dort wird nämlich festgelegt, daß die Treuhandanstalt ermächtigt wird, Verbindlichkeiten der Betriebe in Höhe des durch Preissenkungen im ersten Halbjahr 1990 entstandenen Abwertungsverlustes für risikobehaftete Konsumgüter bis zu 4,7 Mrd. DM schuldbefreiend zu übernehmen.

Meine Damen und Herren! Hier ist etwas passiert, was wir nicht so wollten, denn wir haben im Treuhandgesetz mit Zustimmung aller Abgeordneten hier in diesem Hause festgelegt: Das Treugut, was die Treuhandanstalt verwaltet, wird in erster Linie zur Sanierung und Strukturbereinigung eingesetzt und in zweiter Linie zur Deckung von Schulden des Staatshaushaltes. Wir haben noch nicht eine Mark in der Kasse der Treuhandanstalt, legen aber schon per Gesetz fest, daß wir 4,7 Mrd. DM für Schulden, die aus dem ersten Halbjahr aufgelaufen sind, zum Einsatz bringen. Ich würde sicherlich keine Lösung finden, wenn Herr Romberg oder Herr de Maizière mich fragen würden, woher ich das Geld nehmen sollte. Ich weise nur die Abgeordneten darauf hin, wenn wir dieses Gesetz so bestätigen, müssen wir einen Moment die Augen schließen und vergessen, was wir bei dem Treuhandgesetz eigentlich beschlossen hatten. Ich sage noch einmal: Wir haben im Moment keine Mark in der Kasse.

Ich möchte auf ein zweites Problem in dem Zusammenhang kommen. Unsere Betriebe stehen gegenwärtig vor außerordentlichen Liquiditätsproblemen. Das ist Ihnen weitgehend bekannt, es sind nur 41 % der angeforderten Kredite durch die Banken ausgereicht worden.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben hier noch einige ordnungspolitische Schularbeiten zu machen, um den Haushalt, über den wir heute sprechen, zu entlasten. Wir haben gegenwärtig die Situation, daß die Regelungen über die Pfandrechte, also die Dinge, die Betriebe beleihen können, daß also Ordnungsforderungen beliehen werden können, zur Zeit offensichtlich nicht hinreichend ordnungspolitisch geregelt sind, daß wir also unsere Verpflichtungen, die wir mit der Bestätigung des Staatsvertrages übernommen haben, noch nicht vollkommen erfüllt haben.

Wir haben auch die Situation, daß wir mit dem Treuhandgesetz Grund und Boden den Betrieben übertragen haben, aber im Moment kommen die Liegenschaftsdienste und Notare gar nicht hinterher, die Eintragungen in die Grundbücher zu machen. Und solange man der Bank bei den Verhandlungen nicht den Grundbuchauszug vorlegen kann, sind sie natürlich bei der Beleihung ausgesprochen vorsichtig.

Zwei Dinge müssen wir, um den Haushalt zu entlasten und sofort wirtschaftliche Stabilität zu erhöhen, noch tun. Wir müssen, glaube ich, das Zivilgesetzbuch noch einmal anschauen. Da sind Arbeiten in Vorbereitung. Das muß ganz schnell geschehen. Hier könnten wir nämlich mehr Sicherheiten für den Haushalt bringen, und wir müssen zweitens mit dem Bundesverband der freien Berufe - und die Opposition möge es mir bitte nicht übelnehmen, wenn ich jetzt wieder nach der Bundesrepublik kommen muß - in Verbindung treten, uns z. B. an den Bundesverband der freien Berufe wenden, sie mögen in einer Sonderaktion Notare herschicken, damit wir endlich die Unterlagen zusammenkriegen in einer solidarischen Hilfe, damit die Banken ordnungsgemäß Sicherheiten haben, um nicht ununterbrochen Insolvenzen künstlich erzeugen zu müssen - nur deshalb, weil

wir vielleicht ordnungspolitische Schularbeiten nicht gemacht haben. Danke schön.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Gestatten Sie eine kurze Anfrage?

Nooke (Bündnis 90/Grüne):

Herr Dr. Steinecke! Sie haben mich zitiert bezüglich der Ermächtigung für die Arbeitgeberverbände, wo die herkommen. Gehen Sie mit mir darin überein, daß das mit den nicht gemachten Hausaufgaben zu tun hat, die Eigentumsfrage zu klären? Sonst wäre doch das eigentlich zu machen gewesen. So müssen praktisch jetzt die Leute im Verwaltungsrat der Treuhand, die die faktischen Eigentümer sind, auch hier gefragt werden. Oder ist das anders zu sehen?

Dr. Steinecke(DieLiberalen):

Ich weiß ja, daß Sie seit Wochen bestrebt sind, diese Frage an mich coram publico zu stellen.

(Bewegung im Saal)

Ich habe gewußt, Herr Nooke, daß diese Frage jetzt kommt; denn es liegt Ihnen viel daran, mich an diesem Podium zu stellen. Ich weiche Ihnen halb aus. Ich sage: Es liegt zum Teil daran, daß diese Eigentumsfragen gestellt sind; aber es liegt auch noch an vielen anderen Dingen, Herr Nooke, das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Nooke, Bündnis 90/Grüne: Aber ein Punkt wäre das, ein wichtiger Punkt auch für die liberale Politik in bezug auf Deutschland?)

Ja, ein Punkt wäre das, ja, natürlich. - Jawohl. Ich frage jetzt den Protokollanten: Haben Sie das wörtlich aufgenommen? Denn das wird Herr Nooke sich sicherlich über seinen Schreibtisch nageln.

(Lachen - Vereinzelt Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich rufe als nächsten Redner den Abgeordneten Hahn von d< PDS auf. - Entschuldigung, das war ein Versehen. Ich rufe derr'' Abgeordneten Förster von der Fraktion der SPD auf.

Dr. Förster für die Fraktion der SPD:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalt eines Staates ist wie kein anderes Dokument geeignet, über die Pläne und Schwierigkeiten einer Regierung Auskunft zu geben. Auch der vorliegende Haushaltsentwurf für das 2. Halbjahr 1990 zeigt ganz deutlich, welches Erbe von dieser Regierung übernommen wurde und wie dieses Erbe die Entwicklung hemmt. Es gehört sicherlich viel Mut dazu - aber er ist erforderlich -, mit einer kaum gesicherten Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung einen so detaillierten Haushaltsentwurf vorzulegen.

Besonders kennzeichnend für diesen Haushalt ist die geringe Höhe der staatlichen Investitionen mit 4,7 Mrd. DM und die Höhe der Zuweisungen und Zuschüsse mit 44 Mrd. DM sowie der Personalausgaben mit 6,8 Mrd. DM. Für die Haushalte der Bezirke sieht das ähnlich aus. Mit insgesamt 7,8 Mrd. DM Investitionen der öffentlichen Hand sind die vor uns liegenden Probleme des 2. Halbjahres nicht zu lösen, auch nicht mit den jetzt geplanten und finanziell gesicherten Investitionsfördermaßnahmen des Wirtschaftsministeriums. Dazu habe ich in meiner letzten Rede kritisch Stellung genommen, ich kann mir das hier ersparen.